

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 252. Sitzung

Berlin, Montag, den 2. September 2013

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt 1:

Beschlussempfehlung und Bericht des <b>2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes</b> (Drucksache 17/14600) .....	32579 A
Sebastian Edathy (SPD) .....	32580 B
Clemens Binninger (CDU/CSU) .....	32581 C
Petra Pau (DIE LINKE) .....	32583 D
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP) .....	32585 B
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32586 C
Dr. Eva Högl (SPD) .....	32587 D
Stephan Stracke (CDU/CSU) .....	32589 C
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32590 C
Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP) .....	32591 C
Sönke Rix (SPD) .....	32592 B
Tankred Schipanski (CDU/CSU) .....	32593 B
Serkan Tören (FDP) .....	32594 C
Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU) .....	32595 C

#### Tagesordnungspunkt 2:

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als <b>2. Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45 a Absatz 2 des Grundgesetzes</b> (Drucksache 17/14650) .....	32597 B
Markus Grübel (CDU/CSU) .....	32597 C
Rainer Arnold (SPD) .....	32600 A

Joachim Spatz (FDP) .....	32602 A
Jan van Aken (DIE LINKE) .....	32603 C
Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32605 A
Thomas Silberhorn (CDU/CSU) .....	32606 C
Dr. Hans-Peter Bartels (SPD) .....	32608 A
Henning Otte (CDU/CSU) .....	32609 B
Nächste Sitzung .....	32611 D

#### Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten .....	32613 A
---	---------

#### Anlage 2

Erklärung des Abgeordneten Michael Brand (CDU/CSU) zur Regierungserklärung: Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zum Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Europäischen Union und zur Empfehlung von Europäischer Kommission und Hoher Vertreterin vom 22. April 2013 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen (Drucksache 17/14108) (250. Sitzung, Zusatztagesordnungspunkt 4) .....	32613 B
---	---------

#### Anlage 3

Erklärung des Abgeordneten Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu den Anträgen: Kinder- und Jugendgesundheit: Ungleichheiten beseitigen – Versorgungslücken schließen und Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen unter	
---	--

Strafe stellen (250. Sitzung, Tagesordnungs-  
punkt 24 b) ..... 32614 C

**Anlage 4**

Erklärung des Abgeordneten Volker Beck  
(Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur

Abstimmung über den Entwurf eines Ge-  
setzes zur Stärkung von Informationsfreiheit  
und Transparenz unter Einschluss von  
Verbraucher- und Umweltinformationen – In-  
formationsfreiheits- und Transparenzgesetz  
(250. Sitzung, Tagesordnungspunkt 60) .... 32614 C

(A)

(C)

## 252. Sitzung

Berlin, Montag, den 2. September 2013

Beginn: 16.31 Uhr

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zu unserer vereinbarten Plenarsitzung und rufe gleich den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des **2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes**

– Drucksache 17/14600 –

Berichterstattung:

(B) Abgeordnete Clemens Binninger  
Dr. Eva Högl  
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)  
Petra Pau  
Wolfgang Wieland

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich auf der Tribüne den Herrn Bundespräsidenten, den Botschafter der Türkei und den Geschäftsträger Griechenlands, Vertreter der Türkischen Gemeinde in Deutschland und anderer gesellschaftlicher Organisationen und insbesondere zahlreiche Gäste aus den Familien, die einen Angehörigen verloren haben oder selbst Opfer eines Anschlags wurden.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine erschreckende Serie von Morden und Anschlägen einer nationalsozialistischen Terrorgruppe hat zahlreiche Opfer – Traumatisierte, Schwerverletzte – und zehn Tote hinterlassen. Schmerz, Trauer, auch Wut begleiten die Angehörigen seit vielen Jahren. Wir fühlen uns ihnen verbunden. Ich danke den heute anwesenden Angehörigen und Opfern von Anschlägen im Namen des ganzen Hauses, dass sie unserer Einladung gefolgt sind, der Debatte zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses persönlich beizuwohnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche mir, dass die ernsthafte sachliche Aufklärungsarbeit dieses Ausschusses den Opfern und den

Angehörigen das Gefühl vermittelt, in ihrer Trauer und ihrem Leid nicht alleinzusein.

Ich bedanke mich insbesondere bei unserem Bundespräsidenten, der durch seine Anwesenheit bei dieser Debatte die Bedeutung unterstreicht, die der Bundestag und alle Verfassungsorgane dieser beispiellosen Herausforderung unseres demokratischen Rechtsstaates beimessen. Das Ausmaß der Verbrechen hat im ganzen Land und weit darüber hinaus tiefe Trauer und Betroffenheit ausgelöst. Dass die deutschen Sicherheitsbehörden die über Jahre geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten, bedrückt und beschwert uns. Dass sich Opfer wie Angehörige im Zuge der Ermittlungen teilweise haltlosen Verdächtigungen und wissentlich falschen Anschuldigungen ausgesetzt sahen, erfüllt uns noch heute mit Fassungslosigkeit und Scham. Dafür möchte ich mich im Namen des Bundestages bei ihnen in aller Form entschuldigen.

(D)

(Beifall im ganzen Hause)

Der Schutz von Leib und Leben und die von unserer Verfassung garantierten Grundrechte haben in diesem Land Geltung für jeden, der hier lebt, mit welcher Herkunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer. Dieser deutsche Staat – das ist die Botschaft dieses Untersuchungsausschusses, und es ist die gemeinsame Position dieses Parlamentes – hält unverrückbar und unwiderruflich an diesen Prinzipien fest

(Beifall im ganzen Hause)

und an der gelegentlich verdrängten Einsicht, dass auch Minderheiten Rechtsansprüche haben, über die andere – selbst Mehrheiten – nicht verfügen können.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, am 26. Januar des vergangenen Jahres hat der Deutsche Bundestag, getragen von einer gemeinsamen Entscheidung aller Fraktionen des Hauses, einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. In 16 Monaten leisteten seine Mitglieder, unterstützt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussekretariat und in den Abgeordnetenbüros, einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Aufarbeitung der schreckli-

**Präsident Dr. Norbert Lammert**

- (A) chen Ereignisse. Der Ausschuss hat darüber hinaus gemeinsame Empfehlungen für die künftige Struktur, die Zusammenarbeit, die Befugnisse und die Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden sowie für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus formuliert. Die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus entwickelten Reform- und Verbesserungsvorschläge sind nun Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel, jede Form von Extremismus oder Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande entschlossen zu bekämpfen. Wir sind uns bewusst, dass die Arbeit damit keineswegs erledigt ist, sondern auf einer neuen gemeinsamen Grundlage fortgesetzt und verstärkt werden muss.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gründliche, sachorientierte und überparteiliche Arbeit des Untersuchungsausschusses ist in den Medien zu Recht als ein Beispiel hoher politischer Kultur und parlamentarischer Kompetenz gewürdigt worden. Ich hätte mich deshalb gefreut, wenn dieses Thema, dem der Deutsche Bundestag eine eigene Plenarsitzung widmet und das Staatsoberhaupt seine Anwesenheit, auch den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten

(Beifall im ganzen Hause)

eine Übertragung wert gewesen wäre – im Hauptprogramm, versteht sich, weil es sich nicht um eine Nebensache handelt.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit, für ihr großes persönliches Engagement.

- (B) Dass dieser Untersuchungsausschuss, der sich als gemeinsames Aufklärungsinstrument begriff, um verloren gegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen, in so ungewöhnlichem und beispielhaftem Maße konsensorientiert gearbeitet hat, ist das Verdienst aller seiner Mitglieder,

(Beifall im ganzen Hause)

insbesondere seines Vorsitzenden, dem ich hiermit stellvertretend für alle anderen für seine Arbeit ausdrücklich danken möchte.

(Beifall im ganzen Hause)

Lieber Kollege Edathy, Sie haben das Wort.

**Sebastian Edathy (SPD):**

Herr Bundestagspräsident! Sehr verehrter Herr Bundespräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein sehr außergewöhnlicher Untersuchungsausschuss gewesen, der heute seinen Abschlussbericht zur Diskussion stellt. Es war der 49. in der Geschichte des westdeutschen Parlamentarismus der Nachkriegszeit. Es war zugleich der erste, der von allen Fraktionen gewollt worden ist, der erste, der einstimmig eingesetzt worden ist – ein Prinzip übrigens, an dem wir bis zum Abschluss unserer Beratungen festgehalten haben: Es gab keine einzige Abstimmung in diesem Ausschuss, die nicht einstimmig erfolgt wäre.

Wir waren uns als Mitglieder dieses Ausschusses von Beginn an darin einig, dass das Thema, mit dem wir es

zu tun haben würden, sich nicht für Streit zwischen den Parteien eignet, sondern von allen Demokratinnen und Demokraten für das gemeinsame Streiten für die Wiedergewinnung verloren gegangenen Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates genutzt werden muss. Das hat uns geeint.

(Beifall im ganzen Hause)

Es hat diesen Ausschuss stark und effektiv gemacht.

Es gibt in jedem Rechtsstaat zwei Kernversprechen, die, wenn die Menschen, die in seinen Grenzen leben, Vertrauen in ihn haben sollen und wollen, unabdingbar eingehalten werden müssen. Ein Versprechen ist: Egal wer man ist – ob Bürger oder nicht, unabhängig von Stand und Herkunft –, jeder, der hier in Deutschland lebt, muss sich darauf verlassen können, dass die dafür zuständigen staatlichen Institutionen alles Vertretbare tun, um ihn vor Straftaten, insbesondere vor Kapitaldelikten, zu schützen.

(Beifall im ganzen Hause)

Es gibt ein zweites Kernversprechen. Das zweite Kernversprechen ist: Wenn es trotzdem zumal zu schweren Straftaten kommt, kann sich jedes Opfer, können sich die Angehörigen darauf verlassen, dass die dafür zuständigen Behörden unvoreingenommen, das heißt objektiv und professionell, Aufklärungsarbeit leisten.

Gegenüber vielen der NSU-Opfer sind gleich beide Versprechen gebrochen worden. Das ist ein trauriger, ein beschämender Befund. Ich sage aber zugleich: Die Stärke des Rechtsstaates ist nicht Fehlerfreiheit; die Stärke des Rechtsstaates ist es, Fehler zu erkennen, zu analysieren und dafür Sorge zu tragen, dass sie sich nicht wiederholen können.

(Beifall im ganzen Hause)

Das ist die Aufgabe, der wir uns von Januar 2012 an unterzogen haben. Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss natürlich auch im Sinne der Opfer und der Angehörigen der Mordopfer gearbeitet; aber die Einrichtung des Untersuchungsausschusses hatte im Kern den folgenden Hintergrund: Es ist eine Frage der demokratischen Selbstachtung unserer ganzen Gesellschaft, dass wir zwingend sicherstellen, dass sich ein derart massives Behördenversagen, wie wir es feststellen mussten, nicht wiederholen kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Es sind – man kann es in unserem Bericht nachlesen – nach unserem Dafürhalten im Wesentlichen drei Faktoren, die wir gefunden haben und die jeder für sich und in ihrem Ineinanderwirken am Ende dazu geführt haben, dass wir es einem älteren Bürger aus Eisenach, der der Polizei im November 2011 einen Tipp gegeben hat, und nicht gelungener Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden verdanken, dass überhaupt erkannt werden konnte: Es gibt diese rechtsterroristische Gruppierung.

Die auslösende Frage für uns war ja: Wie kann es eigentlich sein, dass da eine rechtsterroristische Zelle mordend und raubend über Jahre durch die Republik zieht und ihre Existenz nicht erkannt wird, geschweige denn,

**Sebastian Edathy**

- (A) dass man ihrer Mitglieder durch Arbeit der Ermittlungsbehörden habhaft geworden wäre? Ich glaube, es gibt dafür im Wesentlichen drei Ursachen.

Das eine ist: Wir müssen unsere Sicherheitsarchitektur so weiterentwickeln, dass zwischen den verschiedenen Behörden nicht Konkurrenzdenken, sondern Kooperationsbereitschaft vorhanden ist. Daran hat es an vielen Stellen gemangelt.

Das Zweite ist: Ein zunehmend gewaltbereiter gewordener Rechtsextremismus darf nie wieder so massiv unterschätzt, teilweise sogar bagatellisiert werden, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Wer Menschen aus rassistischen Motiven heraus angreift, der greift uns alle an, weil er sich an den Fundamenten unserer Gesellschaftsordnung versündigt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der dritte Faktor – mit das traurigste Kapitel – ist, dass wir bei neun von zehn Mordfällen, bei den neun Morden an Bürgern mit einer ausländischen Familienbiografie, feststellen mussten, dass das von mir vorhin als zweites Kernversprechen des Rechtsstaates postulierte Versprechen nicht eingehalten worden ist. Es ist bei neun von zehn Morden nicht ergebnisoffen und vorurteilsfrei, sondern ressentimentgeleitet ermittelt worden. Dafür müssen wir politische Verantwortung tragen.

- (B) Wir müssen durch bessere Personalauswahl, Aus- und Weiterbildung dafür Sorge tragen, dass das Denken in Teilen unserer Sicherheitsbehörden sich verändert. Ich glaube auch, dass unsere Sicherheitsbehörden künftig stärker die Vielfalt dieser Gesellschaft insgesamt auch in ihren Strukturen widerspiegeln werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte mich herzlich bedanken für eine unglaublich gute Zusammenarbeit bei den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, bei den Obmännern, bei den Obfrauen. Ich möchte mich herzlich bedanken beim Sekretariat, bei den Fraktionsreferentinnen und -referenten, bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abgeordnetenbüros. Ich denke, wir können am Ende vielleicht sagen: Wir haben nicht jede Frage auflösen können. Aber ich glaube, wir können über unsere Arbeit sagen: Das, was wir tun konnten, haben wir aufrichtig getan.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Vielen Dank, Herr Kollege Edathy. – Bevor ich dem Kollegen Binninger als nächstem Redner das Wort erteile, möchte ich der guten Ordnung halber Ihre Zustimmung zu der interfraktionellen Vereinbarung herbeiführen, dass die Aussprache zu diesem Bericht insgesamt

- eineinhalb Stunden betragen soll. – Diesbezüglich besteht offenkundig Einvernehmen. Das ist damit ordentlich im Protokoll festgehalten. (C)

Herr Kollege Binninger, Sie haben das Wort.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Angehörige der Familien der Opfer auf der Tribüne! Als kurz nach dem Auffliegen des Terrortrios am 4. November 2011 der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz gesagt hat: „Das ist eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden“, habe ich das etwas erweitert, und ich sage es heute noch einmal: Es war mehr als eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden. Dass in unserem Land Menschen Opfer von Verbrechen wurden aufgrund ihrer ausländischen Herkunft oder weil sie als Polizistin oder Polizist für diesen Staat gearbeitet haben, das war eine Niederlage für unsere gesamte Gesellschaft und darf sich nicht wiederholen.

(Beifall im ganzen Hause)

In den ersten Tagen und Wochen herrschte Fassungsllosigkeit. Man suchte nach Erklärungsansätzen: Wie kann es sein, dass ein Trio 1998 abtaucht und zwei Jahre lang trotz intensiver Suche nicht gefunden wird, obwohl es das Land kaum verlassen hat? Es begeht zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 14 Banküberfälle, und niemand entdeckt sie. Man kommt nicht einmal auf die Idee, dass es Rechtsterroristen sein könnten. Wie kann das sein? (D)

Das Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden, nicht nur bei den Angehörigen der Opfer und der Überlebenden, war tief erschüttert. Auch das Vertrauen in unseren Rechtsstaat war ein Stück weit erschüttert. Deshalb war es damals eine gute Entscheidung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, diesen Untersuchungsausschuss gemeinsam einzusetzen. Bei allem, was uns sonst politisch trennt, von Linkspartei bis FDP, haben wir uns damals in die Hand versprochen: Wir arbeiten an der Sache orientiert, im Interesse der Aufklärung, damit Vertrauen wieder entstehen kann, und lassen Parteipolitik komplett beiseite. Dass das bis zur Beratung des Berichts am heutigen Tag gehalten hat, dafür von mir einen herzlichen Dank an die Kollegen aller Fraktionen.

(Beifall im ganzen Hause)

Der Untersuchungsausschuss hat aber auch gezeigt, dass das deutsche Parlament in der Lage ist, die Exekutive zu kontrollieren. Wir hatten im Bund und nahezu in allen Ländern mit vielen Stellen zu tun. Es war nicht immer einfach, Akten zu bekommen. Wir hatten manchen Disput zu führen. Wir haben manchmal auch heftige Kritik geübt, wenn Akten zu spät kamen. Es bestand immer ein Stück weit ein Spannungsverhältnis zwischen dem Geheimhaltungsbedürfnis aus Sicht der Exekutive und unserem Aufklärungsbedürfnis. Aber am Ende haben wir – das muss man festhalten – alles bekommen, was wir für unsere Arbeit gebraucht haben. Deshalb will ich an die Adresse des Bundesrates – die Bundesratsbank ist voll besetzt – und auch des Bundesinnenministeriums

**Clemens Binninger**

- (A) Dank sagen für die Zusammenarbeit bei einem schwierigen Thema. Sie haben uns unsere Arbeit machen lassen und uns auch unterstützt, so wie wir das wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das mag dem einen oder anderen immer noch zu wenig oder zu viel oder was auch immer sein, aber im Kern ist festzuhalten: Wir haben im Sinne unseres Aufklärungsauftrages etwas erreicht.

Nun zu den Ursachen. Wie konnte es geschehen? Es gibt nicht die eine Ursache für diese schreckliche Mordserie und ihr Nichtentdecken. Das Geschehen hat in einem Zeitraum von 13 Jahren stattgefunden, die Hälfte der Bundesländer sind betroffen. Die eine Ursache gibt es nicht, aber eines wurde deutlich: Diese Verbrechenserie, die sich über Ländergrenzen hinweg ereignet hat, hat unsere föderale Sicherheitsarchitektur sehr schnell und sehr deutlich an ihre Grenzen gebracht. Daraus müssen wir die Lehren ziehen, die wir in unseren Empfehlungen gezogen haben. Darauf werde ich später noch eingehen.

Wenn wir über Ursachen reden, ist klar: Die Hauptkritik geht an die Behörden, deren Aufgabe es ist, die Menschen in unserem Land, egal welcher Herkunft, vor Verbrechen zu schützen. Das ist die Polizei, das sind die Nachrichtendienste, und das ist die Justiz. Das sind die Hauptadressaten unserer Kritik. Aber seien wir ehrlich: Wir müssen uns auch selber einen Spiegel vorhalten. Ich mache in diesem Haus seit 2002 Innenpolitik. Wer von uns Innenpolitikern oder wer von den Mitgliedern in den Innenausschüssen hat jemals bei dieser damals noch so genannten Ceska-Mordserie daran gedacht, es könnten Rechtsterroristen sein? Wer hat in den Medien jemals diesen Vorwurf oder Verdacht geäußert? Niemand. Wie häufig sind wir an diesen Fahndungsplakaten vorbeigelaufen, zum Beispiel am Flughafengebäude? Wir haben sie gesehen, haben sie nach zwei Minuten vergessen und nicht weiter darüber nachgedacht. Ja, sogar noch schlimmer: Nicht einmal nach dem 4. November 2011 – das Trio war wieder präsent; Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe standen im Verdacht, den Polizistenmord begangen zu haben – kam man auf die Idee, zu fragen: Sind das auch die Mörder unserer ausländischen Mitbürger? Selbst da kam niemand auf die Idee, nicht am 5. November, nicht am 6., nicht am 7. und auch nicht am 8. November. Erst als im Schutt des abgebrannten Hauses in Zwickau die Ceska, die Tatwaffe, und die Bekenner-DVD gefunden wurden, erst da war klar: Wir haben es hier mit den Tätern einer schrecklichen Mordserie zu tun. Dass wir nicht darauf gekommen sind, dass niemand diesen Gedanken hatte, muss uns alle selbstkritisch stimmen und für uns Anlass sein, darüber nachzudenken, woran das lag. Da sind auch wir nicht frei von Kritik, wir alle zusammen, die wir hier Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man die Ursachen zusammen betrachtet, stellt man fest, dass vielleicht vier oder fünf Ursachen maß-

geblich dafür sind, dass hier so viel schief lief. Vorneweg: Sicher wurden die Gefahren des gewaltbereiten, des bewaffneten Rechtsextremismus wirklich kolossal unterschätzt; das ist tragisch. Es ist nicht so, dass in all diesen Jahren – 1998, 2000, 2002 oder auch danach – Rechtsextremismus nicht bekämpft wurde – es gab Vereinsverbote; Blood & Honour wurde verboten; es gab umfangreiche Ermittlungsverfahren zum Thema rechtsextremistische Musik –; aber in dem entscheidenden Feld – wo haben wir einen gewaltbereiten Kern? – hat man immer zu früh aufgehört. Das war einer der großen Fehler. Er zieht sich im Prinzip durch die ganze Zeit, auch durch die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Auch diese Unterschätzung des gewaltbereiten Rechtsextremismus darf sich nicht wiederholen.

(Beifall im ganzen Hause)

Auf die Grenzen des Föderalismus habe ich schon hingewiesen. Wer ist zuständig bei einer Mordserie, die sich auf mehrere Bundesländer erstreckt, wenn der Generalbundesanwalt nicht zuständig ist? Wir hatten mehrere zuständige Polizeien, mehrere zuständige Staatsanwaltschaften. Alle Versuche, das zu bündeln, sind immer wieder gescheitert. Erst wollten die Länder abgeben, da wollte das BKA nicht. Dann wollte das BKA übernehmen, da wollten die Länder nicht. Und dann noch einmal umgekehrt. Deshalb empfehlen wir eine Regelung – das ist eine unserer 47 Empfehlungen –, dass es bei solchen länderübergreifenden Verbrechen bei Polizei und Justiz eine Stelle geben muss, die zuständig ist. Ansonsten werden wir dieses Wirrwarr beim nächsten Mal wieder erleben. Das aber können wir uns im Interesse unseres Rechtsstaates, im Interesse unserer Demokratie wirklich nicht leisten. Deshalb muss es auch hier eine Veränderung geben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist nicht einfach. Wir alle wissen, dass es dafür hohe rechtliche Hürden gibt. Aber bei einer Mordserie ist Zusammenarbeit möglich. So wie sie sich hier dargestellt hat, ist sie mit dem Wort „schlecht“ noch unzureichend beschrieben. Sie hat nicht funktioniert. Wissen über das Trio, das beim Verfassungsschutz vorhanden war, ist nur in Bruchstücken bei der Polizei gelandet oder gar nicht, weil man das Wissen gleich für sich behalten hat. Auch hier muss sich einiges ändern.

Dann das Thema V-Leute. Bei diesem Punkt haben wir in letzter Konsequenz, über die Empfehlungen hinausgehend, keinen Konsens, in den Empfehlungen aber schon. V-Leute sind keine Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden. Sie sind Angehörige einer extremistischen Szene und bleiben das auch. Im konkreten Fall heißt das: Es sind Neonazis, die bereit sind, gegen Geld mit Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten. Das ist ein schmaler Grat für den Rechtsstaat, und er wurde hier an manchen Stellen verlassen. Dass eine Sicherheitsbehörde in Brandenburg mit einem V-Mann zusammenarbeitet, der wegen versuchten Mordes an einem ausländischen Mitbürger verurteilt wurde, ist undenkbar. Das darf sich

**Clemens Binninger**

- (A) nicht wiederholen. Hier überschreitet der Rechtsstaat eine rote Linie.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich will aber auch deutlich sagen: Wir können auf das Instrument der V-Leute nicht ganz verzichten. Es gibt in diesen Phänomenbereichen abgeschottete Zirkel, an die die Sicherheitsbehörden überhaupt nicht herankommen, wenn sie dieses Instrument nicht haben. Aber es bedarf einer grundsätzlichen Reform, es bedarf einheitlicher Standards in allen Sicherheitsbehörden, wenn es um das Thema V-Leute geht, weil in den letzten 15 Jahren Aufwand und Risiko des Einsatzes von V-Leuten im Bereich Rechtsextremismus in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn standen. Das muss Anlass sein für dringende und notwendige Reformen in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der letzte Punkt, der bedrückendste, ist das frühe Festlegen auf eine Ermittlungsrichtung: „Es muss organisierte Kriminalität sein“ oder, wie beim Sprengstoffanschlag in Köln 2004: „Es muss um die Türsteherszene gehen“. Ganz wenig nur wurde in Richtung Rechtsextremismus ermittelt. Die Bayern haben 2006 diesen Versuch unternommen, wurden aber von den anderen Behörden heftig kritisiert. In Köln wurde einmal kurz in Richtung Rechtsextremismus ermittelt; dann wurde diese Spur wieder verworfen. Immer wieder ging es in Richtung organisierte Kriminalität – als ob es möglich wäre, die Täter im Umfeld der Opfer zu finden.

(B)

Dass man im Umfeld der Opfer ermittelt hat, wie man es bei schweren Verbrechen immer macht, ist nicht zu kritisieren. Aber man hat immer weiter ermittelt, auch wenn es keine Anhaltspunkte mehr gab; man hat nicht mehr aufgehört. Man hat mit hohem Aufwand in diesem Bereich ermittelt, hat die Opfer damit nochmals zu Opfern gemacht. Auch das ist etwas, was sich nicht wiederholen darf. Opfer dürfen durch Ermittlungen nicht ein zweites Mal zu Opfern werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Für diesen Bereich haben wir einen ganzen Katalog von Empfehlungen formuliert. Die Empfehlungen reichen im Prinzip von einer anderen Erfassung rechts-extremistischer Gewaltkriminalität – damit wir nicht über statistische Aussagen streiten müssen, was das Phänomen angeht – über ein besseres Lagebild und mehr interkulturelle Kompetenz in allen Sicherheitsbehörden bis hin zu einer Empfehlung, die ich wirklich für sehr wichtig halte: Nachdem wir viele Zeugen aus Sicherheitsbehörden vernommen haben, viele Mitarbeiter, Polizisten und Ermittler, von denen viele – die meisten, würde ich sagen – sehr betroffen, sehr einsichtig waren und denen es selber zu schaffen macht, dass sie ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommen konnten, und diese sicher ihre Lehren aus diesen Fällen gezogen haben, ist es jetzt notwendig, dass die Lehren aus dem NSU-Desaster Teil des Wissens der Organisationen werden, damit auch zukünftige Generationen von Ermittlern wissen, was damals schief lief, und so sichergestellt werden kann, dass

das nicht mehr vorkommt. Deshalb lautet eine unserer 47 Empfehlungen, dass der gesamte Fall NSU – mit all seinen Fehlern – Teil der Aus- und Fortbildung bei Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz werden muss. Das sage ich auch an die Adresse der Länder; das können wir nicht alleine machen. Ich halte das aber für eine wichtige, dringende Empfehlung, die dazu beitragen kann, dass sich solche Pannen und ein solches Versagen nicht wiederholen. Das geht nur, wenn das Wissen darüber in der Organisation stetig verankert wird. Das ist, wie gesagt, eine unserer Empfehlungen. (C)

(Beifall im ganzen Hause)

1 300 Seiten hat unser Abschlussbericht. Die Quintessenz sind 47 Empfehlungen, auf die sich alle Fraktionen im Konsens geeinigt haben. Es gab zwar die Möglichkeit, Sondervoten abzugeben, wenn eine Fraktion der Auffassung war, Formulierungen präzisieren oder weitere Vorschläge machen zu müssen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich allerdings entschieden, auf solch ein Votum zu verzichten. Wir sehen die Stärke dieser 47 Empfehlungen gerade darin, dass über sie Konsens besteht. Dadurch entfalten sie einen Reformdruck, dadurch sind sie wirkmächtig – und verpflichten uns alle. Diese 47 Empfehlungen, getragen von allen Fraktionen, verpflichten uns alle – die Regierungen in Bund und Ländern, die Parlamente in Bund und Ländern, die Gesellschaft als Ganzes –, aus dem, was geschehen ist, die Lehren zu ziehen, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt, und zu gewährleisten, dass Menschen, egal woher sie kommen, in unserem Land willkommen sind und keine Angst haben müssen, aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion Opfer einer Straftat zu werden. Das ist das Versprechen, das wir hier heute abgeben und an dem wir uns messen lassen. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

(Beifall bei der LINKEN)

**Petra Pau (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zehn Morde, mindestens zwei Anschläge und zahlreiche bewaffnete Überfälle gehen auf das Konto der Nazibande namens „Nationalsozialistischer Untergrund“, kurz: NSU.

Wie andere auch war ich an etlichen Tatorten, um mir ein Bild zu machen. Wir wollten uns nicht allein auf die Akten verlassen. So war ich auch in der Kölner Keupstraße. 2004 hatten Bönnhardt und Mundlos dort eine Nagelbombe gezündet. Zwei Dutzend Anwohnerinnen und Anwohner wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Mein Begleiter öffnete mir etliche Türen. Ich sprach mit einigen Betroffenen des NSU-Anschlages, zum Beispiel mit dem Inhaber des Geschäftes, vor dem die Bombe explodierte. Er sagte mir, dass er noch im Herbst

**Petra Pau**

- (A) 2011, also sieben Jahre nach dem Anschlag, von der Polizei bedrängt wurde, er solle endlich aussagen, was er mit alledem zu tun habe. Schließlich brach es aus ihm heraus: Ich weiß, Frau Pau, auch die Polizei kann irren. Aber sie haben vergessen, dass wir Menschen sind. Und das kann ich nicht verwinden. – Mein Begleiter lud mich danach zu einem Glas Tee ein. Zum Abschied fragte er mich dann fast verzweifelt: Ich lebe jetzt seit 40 Jahren in Deutschland. Ich bin Deutscher, meine Kinder sind Deutsche, meine Enkel auch. Wo sollen wir denn hin? – Ich gestehe, ich konnte ihm nur die Hand drücken.

Diese Geschichte ging mir immer dann durch den Kopf, wenn Zeugen im Ausschuss beteuerten, man habe alles richtig gemacht und sei vollständig ohne Schuld. Dann habe ich mich jeweils für sie geschämt.

Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses ist öffentlich. Er ist ein gemeinsames Dokument aller Fraktionen – von der CDU/CSU-Fraktion bis zur Fraktion Die Linke. Viele Kommentatoren haben den Anspruch und die Kultur im Ausschuss gewürdigt. Einer meinte dagegen, das sei kein Grund zum Lob, sondern zeige doch nur, wie es ansonsten im Bundestag zugehe. Ich finde, auch darüber sollten wir einmal nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gleichwohl danke ich allen Mitgliedern des Ausschusses und ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zusammenarbeit war auch für mich eine Mut machende Erfahrung. Und: Sie war bitter nötig. Wir sahen uns in der Schuld der Opfer und ihrer Angehörigen, und wir konnten nichts wiedergutmachen. Umso mehr aber galt unsere Botschaft Art. 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar – aller Menschen.

- (B) Der Abschlussbericht des Ausschusses enthält knapp vier Dutzend Vorschläge, was als Konsequenz aus dem NSU-Desaster dringend zu ändern sei. Der Kollege Binninger hat sie hier umfassend vorgestellt; ich muss das nicht wiederholen. Hinzu kommen Zusatzvoten der Fraktionen. Sie markieren Differenzen, durchaus gravierende. Ich möchte drei für die Linke skizzieren:

Erstens. Das Staatsversagen im NSU-Komplex hatte zwei wesentliche Ursachen – Zitat aus unserem Votum –: die Verharmlosung und Vertuschung der Gefahren des Rechtsextremismus durch staatliche Stellen einerseits und den institutionellen Rassismus andererseits.

Die rechtsextreme Gefahr wurde bis 2011 verlässlich unterschätzt und auch verharmlost. Eine rechtsterroristische Gefahr gäbe es nicht, hieß es in nahezu allen Lageeinschätzungen der Sicherheitsbehörden. „Wir hätten es besser wissen müssen ...“, kommentierte der damalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, danach. Zu spät!

Das Wort „Rassismus“ wiederum wird offiziell weiterhin gemieden, noch mehr die Einschätzung, es gebe so etwas wie institutionellen Rassismus. Ich bleibe dabei: Die NSU-Mordserie war rassistisch motiviert, und die Ermittlungen trugen rassistische Züge. Damit sage

ich nicht, die Ermittler seien Rassisten, wohl aber, dass in vielen Behörden ein Geist herrscht, der Rassismus bedient. Das hat Ursachen. Das beginnt bei Gesetzen, die Asylsuchende und Zuwanderer menschlich degradieren. Und das mündet in einen Generalverdacht gegen das vermeintlich Undeutsche. Beispiele dafür finden wir in den Untersuchungsakten en masse. Deshalb haben die Türkische Gemeinde und der Zentralrat der Sinti und Roma recht, wenn sie fordern: Wer das NSU-Desaster ernst nimmt, muss endlich auch das Thema Rassismus auf die Tagesordnung setzen!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir waren uns im Untersuchungsausschuss einig, dass die Ämter für Verfassungsschutz im Zentrum des Versagens agierten. Gleichwohl ziehen wir unterschiedliche Schlüsse. Im Votum der Linken heißt es:

Der nachrichtendienstlich arbeitende Verfassungsschutz war Herz und Motor des sicherheitspolitischen Debakels ...

Verknappt gesagt: Der Verfassungsschutz hat die Ermittlungen gegen das NSU-Trio behindert, und er hat zugleich durch seine V-Leute-Kumpanei mit Nazis Verfassungsfeinde gestärkt – beides systematisch. Deshalb bleibt die Linke dabei: Die unsägliche V-Leute-Praxis aller Sicherheitsbehörden ist sofort einzustellen. Und: Die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind als solche weder kontrollierbar noch reformierbar.

Drittens. Auch die Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus war Thema im Ausschuss – insbesondere bei Expertenanhörungen. Die Urteile über das geltende System waren teilweise vernichtend. Gesellschaftliche Initiativen werden ungenügend gefördert, stattdessen häufig kriminalisiert. Die Linke teilt diese Kritik. Wir schlagen über die gemeinsamen Empfehlungen hinaus ein neues Modell vor. Es korrespondiert mit unserer zivilgesellschaftlichen Alternative zu den Ämtern für Verfassungsschutz als Geheimdienste.

Wir plädieren a) für eine „Koordinierungsstelle zur Dokumentation gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ und b) für eine „Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Beide sollen parteifern und wissenschaftsnah sein. Die Koordinierungsstelle soll für die Analyse zuständig sein. Der Stiftung soll auch die Betreuung gesellschaftlicher Initiativen obliegen.

Wir sind der festen Überzeugung – ich denke, das eint uns –: Dem Rechtsextremismus ist mit kurzem Atem nicht beizukommen. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wiederum beschränken sich nicht auf den rechten Rand. Die aktuelle Förderung für gesellschaftliche Initiativen dagegen ist kurzatmig und beschränkt. Wir brauchen hier also einen neuen Ansatz.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)  
(D)

**Petra Pau**

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, noch zwei Abschlussgedanken vorzutragen: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf der Trauerfeier im Februar 2012 den Angehörigen und den überlebenden Opfern der NSU-Mord- und -Anschlagsserie vollständige Aufklärung versprochen. Davon kann bis heute keine Rede sein. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde auch noch von Regierungen und Behörden auf Bundes- und Landesebene behindert; übrigens – ich gestehe, auch das schmerzt mich persönlich – ganz egal welche Parteiflaggen die jeweiligen Regierungen hissen. Sie alle lassen mit diesen Behinderungen nicht nur die Bundeskanzlerin mit ihrem Versprechen im Regen stehen, sondern – schlimmer noch – auch die Opfer und Hinterbliebenen. So als sei nichts gewesen!

Damit zu meinem zweiten Schlussgedanken. Der Ausschuss hat wider alle Blockaden viel ermittelt. Wir haben in staatliche Abgründe geschaut, politisches Versagen aufgedeckt, und wir haben – der Kollege Binninger hat es schon für das gesamte Parlament gesagt – auch uns sehr viele selbstkritische Fragen zu stellen. All das ist umfangreich dokumentiert, mit dringenden Empfehlungen. Deshalb möchte ich mit einem Lessing-Zitat schließen:

Wer wird nicht einen Klopstock loben?  
Doch wird ihn jeder lesen? – Nein.  
Wir wollen weniger erhoben  
und fleißiger gelesen sein.

Ich danke Ihnen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Hartfrid Wolff.

(Beifall bei der FDP)

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Morde der Zwickauer Zelle sind die bislang schwerwiegendste Kette von rechtsextremistisch motivierten Gewaltverbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat.

Die im Laufe der Zeit zutage getretenen Fehler der Behörden sind erschütternd. Wir reden hier von einem gravierenden Vertrauensverlust in die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden. Wie konnte es möglich sein, dass die rechtsextremen Terroristen 13 Jahre im Untergrund unbehelligt leben und morden konnten? – Und: Wir reden von einem Vertrauensverlust in die rechtsstaatlichen Abläufe in Behörden. Weshalb wurden warum welche Akten gelöscht? Warum waren Beamte und V-Leute beim Ku-Klux-Klan aktiv?

Wir haben von Anfang an auf eine lückenlose parlamentarische Aufklärung gedrängt. Ich bin froh, dass wir im Januar 2012 einvernehmlich über alle Parteigrenzen hinweg im Deutschen Bundestag diesen Untersuchungsausschuss einsetzen konnten. Die in dieser Form einmalige parteiübergreifende Zusammenarbeit eines Untersu-

chungsausschusses, noch dazu in Wahlkampfzeiten, hat mich persönlich sehr beeindruckt. Der Untersuchungsausschuss hat die Aufklärungsarbeit erheblich vorangebracht: seriös und konsequent. Ich glaube, dass wir durch das gemeinsame Vorgehen den Opfern und ihren Angehörigen so eher gerecht werden konnten. (C)

Jede Fraktion hat ihre eigenen Standpunkte gehabt. Aber vieles haben wir auch gemeinsam einschätzen und bewerten können: Die Sicherheitsbehörden müssen sich dringenden Reformen unterziehen. Der Druck zur Neuaufstellung bei der Polizei, bei den Diensten und in der Justiz steigt mit dem parteiübergreifenden Bericht des Untersuchungsausschusses. Insbesondere die Einbeziehung der Opferangehörigen muss deutlich besser werden.

Auch der Bericht der Regierungskommission, der vergangene Woche vorgestellt wurde, macht den Reformbedarf deutlich:

Wir brauchen bei polizeilichen Ermittlungen über Ländergrenzen hinweg klarere Lösungen. Es darf wegen fehlender Zusammenarbeit der Polizei nicht mehr zu diesen unglaublichen Sicherheitslücken kommen. Auch deshalb braucht der Generalbundesanwalt frühere und mehr eigene Prüfungs- und Ermittlungszuständigkeiten.

Wir fordern eine Reform der Geheimdienste an Haupt und Gliedern. Das V-Mann-Wesen, die Ausbildung der Verfassungsschützer und die Kontrolle der Dienste brauchen stabilere rechtsstaatliche Anker.

Wir brauchen einige Nachrichtendienste nicht mehr. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesländer sind in der Pflicht. Es ist unglaublich, wie teilnahmslos einige agiert haben. Die Länder müssen jetzt konkretere Vorschläge vorlegen. Kein weiteres Lavieren! Kein weiteres Taktieren! Ich wünsche mir mehr Mut zum Wohle und zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste muss dringend verbessert werden. Sowohl im Bund als auch in den Ländern bestehen hier erhebliche Defizite. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Für die parlamentarische Kontrolle im Bundestag gilt: Wir brauchen jederzeitigen Zugang zu allen Vorgängen, eine vorige Kontrolle der internen Dienstweisungen und einen ständigen Sonderermittler des Kontrollgremiums quasi als verlängerten Arm der Parlamentarier. Rechtliche Kontrollhindernisse – und davon gibt es einige – wie das Verbot für die Mitarbeiter der Dienste, sich ohne Einbindung des Behördenleiters an das Kontrollgremium wenden zu können, müssen weg.

Meine Damen und Herren, auch wenn der Untersuchungsausschuss gemeinsam viel geleistet hat und verdienstvoll in die Aufklärung eingestiegen ist: Es sind noch viele Fragen offen geblieben. Nur einige Beispiele:

Die Finanzquellen des Mördertrios sind nicht ausreichend geklärt. Über die bekannten Banküberfälle alleine

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**

- (A) konnte sich der NSU dieses Leben über 13 Jahre nicht finanziert haben. Die drei hatten nicht einmal 360 Euro im Monat, weniger als Hartz IV. Wie aber haben sie sich sonst finanziert?

Die erheblichen internationalen Implikationen, zum Beispiel in die Schweiz, sind vom Ausschuss so gut wie gar nicht behandelt worden – und das, obwohl wir sehen, wie stark das internationale Netzwerk Blood & Honour gerade im Umfeld des NSU aktiv war.

Wichtige Bundesländer wie zum Beispiel Berlin und Baden-Württemberg haben noch nicht ausreichend Akten geliefert. Baden-Württemberg hat zudem erst im März dieses Jahres eine eigene Ermittlungsgruppe „Umfeld“ eingerichtet, deren Endergebnisse wir nicht kennen und damit nicht bewerten können. Die baden-württembergische Landesregierung hat den Untersuchungsausschuss deutlich verzögert. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Gall müssen ihr Versprechen einlösen und endlich aktiv zur Aufklärung beitragen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Schließlich ist damit zu rechnen, dass, wie es bereits in den letzten Monaten der Fall war, bei dem Prozess am Oberlandesgericht München, der noch bis 2014 läuft, weitere Details bekannt werden. Der Generalbundesanwalt führt zwei weitere Ermittlungsverfahren. Hier darf der Bundestag die Aufklärung nicht einfach einstellen.

- (B) Ich begrüße ausdrücklich, dass der Untersuchungsausschuss dem Antrag der FDP gefolgt ist, dass die Aufbewahrung der Akten im Deutschen Bundestag deutlich verlängert wird.

(Beifall bei der FDP – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es wird wahrscheinlich nicht mehr alles seit 1992 bis in letzte Details aufgeklärt werden können. Doch schon an diesen wenigen noch offenen Themen sieht man: Man kann trotz aller Aufklärungsleistung nicht mit gutem Gewissen sagen, dass das im Einsetzungsbeschluss, wie von allen Parteien festgehalten, angestrebte Gesamtbild vorliegt; diese Forderung ist noch nicht ausreichend erfüllt. Überall geht die Aufklärung weiter; auch wir dürfen nicht anhalten. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir nach der Wahl weitermachen und den Untersuchungsausschuss in der kommenden Legislaturperiode, getragen von allen Fraktionen, fortsetzen. Wir brauchen mehr Zeit, um besser aufzuklären zu können: zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland und international, für eine rechtsstaatliche Grundierung und Stärkung unserer Sicherheitsbehörden sowie dazu, um den Opferschutz und eine vertrauensgetragene Integration wieder und neu voranbringen zu können.

Wir alle haben die Verantwortung, die bestmöglichen Lehren aus dieser grausamen Mordserie zu ziehen. Einiges haben wir im Untersuchungsausschuss gemeinsam erreicht und dargelegt. In den Ländern und im Bund

- müssen jetzt einschneidende Verbesserungen folgen. Die FDP hat viele Vorschläge gemacht und wird sich weiterhin mit großem Engagement einbringen. (C)

Wegducken hilft nicht. Dringende Reformen sind nötig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Wolfgang Wieland ist der nächste Redner.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Leitende Kriminaldirektor Wolfgang Geier, der Chef der BAO „Bosporus“, sagte bei uns als Zeuge Folgendes:

Deshalb müssen Sie auch überlegen, was es ausgelöst hätte, wenn wir mit einer Theorie, mit einer Hypothese an die Öffentlichkeit gehen und ... sagen würden: Da gibt es Rechtsradikale, die fahren durch Deutschland und knallen Ausländer ab.

Diese Hypothese wäre die Wahrheit gewesen, wie wir heute wissen. Sie hätte zunächst einmal ausgelöst, dass das Leid der Opferfamilien verkürzt wird, die immer wieder hören mussten, dass ihre ermordeten Angehörigen Teil einer Drogenmafia seien. Diese Familien wären dann endlich – auch öffentlich – als Opfer rechtsradikaler Taten gesehen worden. Es ist ein entsetzliches Versäumnis, im Rahmen einer bewusst verfolgten Medienstrategie hiermit hinter dem Berg gehalten zu haben. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Man hätte auch die Chance gehabt, nun endlich energisch und bundesweit nach möglichen Rechtsterroristen zu fahnden und Mörder in Bayern nicht nur im Großraum Nürnberg und Bombenleger in Köln nicht nur im Großraum Köln zu suchen, als lebten wir alle auf Inseln und nicht in einem Gesamtstaat, als hätten wir den Blick nicht wenigstens über den Tellerrand hinaus richten können. Dass Mörder das Risiko, entdeckt zu werden, minimieren, indem sie ihre Taten schlicht im benachbarten Bundesland ausführen, kann schlechterdings nicht mit Föderalismus erklärt werden. Hier gab es Blockaden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier wurde die Zusammenarbeit geradezu verweigert, insbesondere vom Bundesamt für Verfassungsschutz, das auf einen Hilferuf aus Bayern nichts anderes mitzuteilen hatte als erstens: „Bei uns gibt es keine Ansprechpartner“, zweitens: „Wenn Sie etwas wollen, bitte schriftlich und formentsprechend“, und drittens: „Es gibt auch Landesämter“. Arbeitsverweigerung an höchster Stelle! Deswegen gehen wir Grüne auch weiter, als wir es gemeinsam formuliert haben. Wir meinen, es ist nötig, dass dieses Bundesamt wegen unscharfer Analysen und

**Wolfgang Wieland**

- (A) mangelhafter Informationen aufgelöst und dann personell und strukturell neu aufgestellt werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Noch etwas kommt hinzu. Die Einstellung, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, hat die gesamten Ermittlungen durchzogen. Es ist offenbar eine Art bundesrepublikanische Staatsdoktrin gewesen, dass rechtsextreme Täter immer Einzeltäter sind, und zwar nicht nur beim Oktoberfestattentat in München. Das ging bis hin zur Begriffsbildung. Bei der Polizei galt immer die Organisationstheorie, in deren Mittelpunkt die kriminelle Organisation stand. Wenn es sich aber um rechtsradikale Täter handelte, galt die Einzeltätertheorie. Das, was wir vorgefunden haben, nämlich eine rechtsterroristische Organisation, war begrifflich überhaupt nicht vorgesehen. Hier muss analysiert werden. Hier muss sich etwas verändern.

Natürlich gab es auch gruppenbezogene Vorurteile noch und nöcher. Wir haben an einzelnen Stellen auch Rassisten erlebt, beispielsweise Ku-Klux-Klan-Mitglieder. Aber ich finde die Formulierung viel besser, die wir in unserer gemeinsamen Bewertung gefunden haben, die da lautet: „Auf dem rechten Auge betriebsblind“. So war es. Das haben wir gesehen. Das ist schlimm genug, und das muss sich verändern.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Wir haben des Weiteren festgestellt – das muss man auch sagen –: In der Demokratie gibt es politische Verantwortliche. Da kann man nicht beim Ersten Hauptkommissar der Kriminalpolizei stehen bleiben. Ich sage als Kompliment an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD – wir hatten niemanden, den wir schützen konnten –: Sie haben keine Rücksicht genommen. Die Innenminister waren leider Teil des Problems und nicht Teil der Lösung, und zwar ohne jede Ausnahme. Sie waren teils inaktiv wie Wolfgang Schäuble oder Fritz Behrens aus Nordrhein-Westfalen, teils sogar blockierend wie Volker Bouffier oder sehr aktiv und Empathie zeigend wie Günther Beckstein, der aber im Ergebnis zu sehr auf sein Bundesland und seine Zuständigkeit konzentriert war.

Last, but not least ist Otto Schily zu erwähnen, der mit einer falschen Ansage einen Tag nach dem Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße die falsche Ermittlungstendenz in Richtung organisierte Kriminalität bestätigt hat, und zwar mit der nicht durch Fakten gedeckten Aussage, es gebe Hinweise auf den Bereich der organisierten Kriminalität. Wenn wir politische Verantwortung ernst nehmen, dann müssen wir auch hier ansetzen und sagen: Erkannte und ausgesprochene Mängel – der Vizepräsident des BKA sprach von kriminalfachlich stümperhaft organisierten Ermittlungen – wurden nicht abgestellt.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN) (C)

Letzte Bemerkung dazu von mir: Die Justizministerkonferenz, deren Staatsanwaltschaften die Herrinnen der Ermittlungsverfahren sind, hat sich gleich gar nicht damit beschäftigt. Wir müssen sagen, dass sich auch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft bessern muss, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus kein Spezialgebiet nur von Justiz, Polizei und Nachrichtendiensten ist, sondern dass er vor allen Dingen Teil der Zivilgesellschaft ist. Hier wollen wir Dialog, hier wollen wir Zusammenarbeit, aber kein Kujonieren haben. Das, was hier vorgelegt wurde, ist ein Arbeitsprogramm für die nächste Bundesregierung, wie auch immer sie aussehen wird. Es wurde einheitlich, gemeinsam vorgelegt; daran kommt man nicht so schnell vorbei. Das sehe ich wie der Kollege Binninger. Es ist auch ein Arbeitsprogramm für den nächsten Bundestag, dem ich nicht mehr angehören werde.

Deswegen darf ich hier zum Schluss sagen: So konfliktfrei und unpolemisch, wie die Zusammenarbeit in diesem Untersuchungsausschuss war, kann die politische Arbeit nicht immer sein. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen dafür. Außerdem danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen – das ist kein Ritual, und das ist keine Floskel; es gab sie wirklich –, mit denen ich sehr gut, sehr intensiv, teilweise auch sehr streitig über die Jahre zusammengearbeitet habe. Ein Parlament braucht sich für Streit nicht zu entschuldigen. Dieser ist konstituierend;

(Beifall im ganzen Hause) (D)

allerdings sollte er mit Niveau, mit persönlichem Anstand und mit Glaubwürdigkeit geführt werden.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Lieber Kollege Wieland, da Sie für den nächsten Deutschen Bundestag nicht wieder kandidieren, ist dies eine gute Gelegenheit, Ihnen für die Arbeit in diesem Hause in den vergangenen beiden Legislaturperioden herzlich zu danken, auch für die politische Arbeit zuvor in anderen politischen Ämtern und Funktionen. Ich verbinde diesen Dank mit der Hoffnung und der sicheren Erwartung, dass Sie gerade diesem Anliegen auch außerhalb des Parlaments verbunden bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Das Wort erhält nun die Kollegin Eva Högl.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Eva Högl (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der rechtsextreme Terror des NSU war ein Anschlag auf unsere Demokra-

Dr. Eva Högl

- (A) tie. Wir alle waren gemeint, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat. Deswegen war es richtig und sehr wichtig, dass der Deutsche Bundestag sich dieser Frage angenommen und einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat.

Dieser Untersuchungsausschuss – das ist schon gesagt worden – war ein ganz besonderer. Ich kann all diejenigen verstehen, die damals skeptisch waren und gesagt haben: Untersuchungsausschüsse sind Kampfinstrumente der Opposition; dieses Instrument eignet sich nicht bei rechtsextremem Terror. – Für mich war dieser Untersuchungsausschuss – anders als für den Kollegen Wieland, der, glaube ich, vielen, wenn nicht allen Untersuchungsausschüssen, angehört hat – der erste Untersuchungsausschuss, und er hat für mich Maßstäbe gesetzt.

Wir haben diesen Untersuchungsausschuss zu einem Kampfinstrument der Aufklärung gemacht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass uns das gelungen ist, dafür möchte auch ich allen Kolleginnen und Kollegen, allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken. Es war wirklich ein kollegiales Miteinander, das diese Aufklärung möglich gemacht hat. Ich möchte einem Kollegen ganz besonders danken: Lieber Clemens Binninger, ohne dich – ich sage es ganz deutlich – wären manche Einigkeit, mancher Konsens, mancher Kompromiss nicht möglich gewesen. Ich danke dir für die gute Zusammenarbeit, auch weil ich weiß, dass du, anders als wir anderen, ganz besonders viel Gegenwind an der einen oder anderen Stelle aushalten musstest. Auch das muss einmal gesagt werden. Herzlichen Dank dafür!

(B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten durchaus Hindernisse in diesem Untersuchungsausschuss, zum Beispiel die Aktenvernichtung im Bundesamt für Verfassungsschutz am 11.11.2011 – ausgerechnet am 11.11.2011 – in Köln. Das hat nicht nur unsere Arbeit behindert, sondern auch viel Vertrauen zerstört. So hatten wir viele Hindernisse. Aber über eines habe ich mich ganz besonders geärgert: die fehlende Bereitschaft der zahlreichen Zeugen, Fehler einzugestehen und Verantwortung zu übernehmen.

Wenn eine rechtsextreme Mörderbande 14 Jahre lang untertaucht, zehn Morde begeht, zwei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle verübt, dann müssen Fehler begangen worden sein. Dass niemand in der Lage war, dafür die Verantwortung zu übernehmen, das hat mich sehr enttäuscht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben flächendeckendes Versagen gefunden: der Polizei, des Verfassungsschutzes, der Justiz und auch der politisch Verantwortlichen. Wir haben das aufgedeckt. Es war nicht eine Aneinanderreihung von sogenannten handwerklichen Fehlern oder, wie manchmal verniedli-

chend gesagt wird, von Pannen Einzelner. Das gab es zwar auch, aber was wir gefunden haben, war ein Versagen der Sicherheitsbehörden mit strukturellen Ursachen. Wir haben dieses Versagen an allen Tatorten gefunden, von Hamburg über Köln, Dortmund, Kassel bis nach München und Nürnberg, bis nach Rostock, in Thüringen und in Sachsen. Insofern sind handwerkliche Fehler keine Erklärung für dieses flächendeckende Versagen.

(C)

Ich möchte zwei der strukturellen Gründe nennen:

Erstens – das ist schon angesprochen worden; ich will es noch einmal betonen –: Rechtsextremismus ist in unserem Land über Jahre, ja, Jahrzehnte verkannt und verharmlost worden. Rechtsextremismus ist nicht gesehen worden als Gefahr für unsere Demokratie. Das darf nie wieder geschehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Der Verfassungsschutz unterließ eine profunde Gefährdungsanalyse – er hat die Gefahr nicht gesehen –, und der Polizei fehlte es an Kenntnis über das Verhalten rechter Gewalttäter. Deswegen ist insbesondere die Reform des Verfassungsschutzes ein wichtiger Baustein unserer Empfehlung.

Zweitens – diese Erkenntnis hat mich zutiefst erschüttert und uns alle sprachlos gemacht –: Die Tatsache, dass neun der zehn Mordopfer und alle Opfer der Sprengstoffanschläge einen Migrationshintergrund hatten, hat die Polizei und die Ermittlungsbehörden zu der Annahme geführt, dass die Opfer selbst kriminell gewesen seien. Das haben wir überall gefunden, und das hat uns sehr erschüttert.

(D)

Was konkret haben wir gefunden? Wir haben bei den Ermittlungsbehörden überall routinisierte Verdachts- und Vorurteilsstrukturen gefunden, die rassistisch basiert waren. Meine Damen und Herren, das ist eine erschreckende Erkenntnis.

Um dies deutlich zu machen, will ich als Beispiel den Mord an Enver Simsek anführen. Mich hat sehr erschüttert, was ich in den Akten gefunden habe: Es war Günther Beckstein, der damalige Innenminister in Bayern, der auf einen Zeitungsartikel, in dem vom Mord an Enver Simsek berichtet wurde, schrieb: Könnte nicht „ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar“ sein? – Günther Beckstein kannte den Blumenstand, weil er selbst dort Blumen kaufte. Für ihn war Enver Simsek kein Drogendealer, sondern der Blumenhändler.

Das zeigt, wie sehr es darauf ankommt, wie wir uns wahrnehmen, wie wir miteinander umgehen, welche Prägungen wir haben und welche Vorurteile. Deswegen sage ich hier ganz deutlich: Wir sind es den Opfern und den Angehörigen schuldig, dass wir dieses strukturelle Problem in unseren Sicherheitsbehörden offen benennen.

(Beifall im ganzen Hause)

Durch den verengten Blick der Ermittlungsbehörden geriet auch das familiäre Umfeld in den Fokus der Ermittler. Wir werfen es der Polizei überhaupt nicht vor, dass sie im Umfeld ermittelt – das ist normale Polizeiar-

**Dr. Eva Högl**

- (A) beit –; aber wenn elf Jahre lang in die falsche Richtung ermittelt wird und eine Ermittlungsrichtung systematisch aus dem Blick genommen wird, dann müssen wir das ganz deutlich kritisieren. Die Angehörigen hatten nicht nur den Verlust eines lieben Menschen zu verkraften, sondern auch Verdächtigungen vonseiten der Ermittlungsbehörden zu ertragen.

Deswegen haben wir zwei Forderungen, die ganz wichtig sind. Die erste haben wir gemeinsam – das ist unsere Forderung Nr. 1, liebe Kolleginnen und Kollegen –, und zwar, dass immer dann, wenn eine Person mit Migrationshintergrund Opfer eines Gewaltverbrechens wird, die Polizei aufgefordert ist, nachzuprüfen, ob es sich um einen rassistischen, rechtsextremen Hintergrund handelt.

Die zweite Forderung ist – das sagt die SPD in ihrem Teil der Empfehlungen ganz deutlich –: Wir brauchen eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei, an die sich alle wenden können und bei der sie eine gute Beratung bekommen können. Das halten wir für dringend erforderlich und für eine wichtige Konsequenz aus dem, was wir gefunden haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Bericht des Untersuchungsausschusses ein breites Maßnahmenbündel vorgelegt; 47 Empfehlungen, die alle Fraktionen tragen. Deswegen sage ich es ganz deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich erwarte von allen Mitgliedern des nächsten Deutschen Bundestages, von allen, die hier wieder sitzen werden, von allen Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern, von allen Regierungen, von allen Behörden, dass diese Empfehlungen nicht in der Schublade verschwinden, sondern wirksam umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich selbst will gern dazu beitragen; ich denke, es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, genau das in der nächsten Legislaturperiode zu tun.

Gleichzeitig bitte ich die Öffentlichkeit, alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, alle Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die Medien, die unsere Arbeit mit viel Engagement begleitet haben, Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, ausdrücklich darum, dass Sie nicht lockerlassen, bis wir diese 47 Empfehlungen und darüber hinaus alles, was wir noch für notwendig erachten, um die Missstände zu beseitigen, umgesetzt haben und wir tatsächlich wirksam reformiert haben. Lassen Sie uns alle gemeinsam alles dafür tun, dass wir Rassismus und Rechtsextremismus wirklich wirksam bekämpfen! Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Stephan Stracke.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über 13 Jahre hinweg ist es nicht gelungen, die Straftaten, die der Terrorzelle NSU zur Last gelegt werden, zu verhindern, aufzuklären und die Täter dingfest zu machen. Das ist eine bedrückende Niederlage unserer Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern; das ist eine Niederlage für ganz Deutschland. Der allergrößte Teil der Zeugen, die wir im Ausschuss vernommen haben, stehen zu dieser Erfolglosigkeit. Es nagt an ihnen, und es ist ihnen nicht gleichgültig; das war offenkundig. Nur der geringste Teil hat die Verbrechen ad acta gelegt.

Es ist gut, dass den mutmaßlichen Tätern nun der Prozess gemacht wird. Es wird aufgeklärt, es wird aufgearbeitet, und die Schuldigen werden zur Rechenschaft gezogen. Das ist die Antwort des Rechtsstaates.

Es ist gut, dass sich nach dem Auffliegen des Terrortrios der Deutsche Bundestag – erfreulicherweise über alle Fraktionsgrenzen hinweg – darin einig war, gründlich aufzuklären, die Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden schonungslos zu durchleuchten und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Der Untersuchungsausschuss war das richtige Instrument der Aufklärung.

Wir haben innerhalb von 16 Monaten das Unterste nach oben gekehrt. Unsere Arbeit war von Konsens geprägt. Alle Beweisbeschlüsse, Zeugenbenennungen und Verfahrensanträge haben wir einstimmig beschlossen. Diese Einstimmigkeit hat ihre Wirkung entfaltet, auch wenn es eine nicht immer einfache Gratwanderung war. Die rechtlichen Spielräume, gerade was das Aktenmora-torium angeht, wurden bis an die äußersten Grenzen genutzt. Das war notwendig.

Bayern war der Eisbrecher bei der Vorlage von Akten. Es war eine ganz gewaltige Leistung, die die Behörden in Bund und Ländern, aber auch die Bundestagsverwaltung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundestages und der Fraktionen geleistet haben, um uns schnell und strukturiert zuzuarbeiten. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sage ich als stellvertretender Ausschussvorsitzender hierfür ein herzliches „Vergelts Gott!“.

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als zentrale Erkenntnis unserer Ausschussarbeit ist festzuhalten: Entgegen manch vorschneller Mutmaßung und Spekulation zu Beginn unserer Arbeit gibt es keine Kumpanei irgendeiner Behörde mit dem NSU oder seinem Unterstützerumfeld. Es gibt keine augenzwinkernde oder gar offene Unterstützung durch irgendeine Behörde. Es gibt keinen Beleg dafür, dass das Trio oder dessen mutmaßliches Unterstützerumfeld jemals V-Personen einer Sicherheitsbehörde waren. Diese Erkenntnis ist wichtig, stellt sie doch einen Eckpfeiler dar, erschüttertes Ver-

**Stephan Stracke**

- (A) trauen in die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.

Das Bild von der Arbeit unserer Behörden in Bund und Ländern ist facettenreich. Schwarz-Weiß-Malerei ist sicherlich nicht angebracht. Wir sind allerdings auf eine Fülle von zum Teil schweren behördlichen Versäumnissen, Fehlern und Verstößen gestoßen. Den einen kausalen Fehler, bei dessen Vermeidung das Trio hätte dingfest gemacht werden können, haben wir nicht gefunden. Patentlösungen, wie die von uns festgestellten Fehler und Versäumnisse in Zukunft abgestellt werden können, haben wir nicht. Wir befinden uns auf der ersten Etappe einer noch langen Wegstrecke. Diese Wegstrecke werden wir entschlossen gehen und meistern. Das sind wir den Opfern, den Angehörigen der Opfer und uns selbst schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass unsere Sicherheitsarchitektur besser dasteht als zuvor. Daran arbeiten wir.

- (B) Einiges hat sich während der Untersuchungszeit bereits verändert. Die ersten richtigen Schlüsse wurden gezogen, notwendige Reformen begonnen und zum Teil schon umgesetzt. Es ist ermutigend, dass mit der Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus die 36 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern nun an einem Tisch sitzen und sich fallbezogen austauschen. Es ist ermutigend, dass mit der Errichtung der Rechtsextremismustafel Polizei und Verfassungsschutz jetzt besser in der Lage sind, ihre Erkenntnisse miteinander zu teilen und Zusammenhänge aus dem Dunkeln zu holen. Und es ist ermutigend, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz an Haupt und Gliedern erneuert. Manche Verkrustungen sind aufgebrochen, auch und gerade im Verfassungsschutzverbund. Das muss weiter vorangetrieben werden.

Hieran, an diesen richtigen und wichtigen Schritten von Bundestag und Bundesregierung, knüpfen wir mit unseren Empfehlungen an. Wir machen 47 Vorschläge zu weiteren Verbesserungen in den Bereichen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Sie werden von allen Fraktionen mitgetragen und unterstützt. Diese Vorschläge sind konkret, gut und wertig. Deswegen haben wir als Bundestagsfraktion der CDU/CSU auch ganz bewusst auf parteipolitische Ergänzungen verzichtet. Der gemeinsame Schlussfolgerungsteil steht für sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regeln der Zusammenarbeit im Föderalismus, zwischen Bund und Ländern, und die Möglichkeiten zum Informationsaustausch müssen klarer und einfacher werden. Die Behörden müssen rechtssicher und rechtsklar das tun können, was wir von ihnen erwarten. Das ist und bleibt zentral, wenn es um eine effektive Verbesserung der tagtäglichen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden geht. Meine Erwartungshaltung ist, dass dieser Ansatz, wenn er zur konkreten Umsetzung ansteht, nicht dogmatischen Überlegungen geopfert wird.

(C) Dieser Untersuchungsausschuss war das richtige Instrument der Aufklärung. Er hat sich dadurch ausgezeichnet, dass über alle Parteigrenzen hinweg entschlossen aufgeklärt und gemeinsame Schlussfolgerungen gezogen wurden. Das macht diesen Ausschuss einzigartig. Ich verbinde damit die Erwartung, dass daraus tatsächlich die gemeinsame Kraft zur Veränderung erwächst.

Unsere Empfehlungen legen wir Ihnen, meine werten Kolleginnen und Kollegen, und dem neu zu wählenden Bundestag in die Hände. Der Beginn ist gemacht. Jetzt heißt es: Umsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Hans-Christian Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(D) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Angehörige der Ermordeten und selbst Geschädigte! Naziterror gab es im vereinigten Deutschland nicht erst ab dem Jahr 2000. Naziterror gab es bereits Anfang der 90er-Jahre. Ich habe in dem Prozess gegen die Mörder von Menschen türkischer Herkunft, die in Mölln in ihrem Haus grausam verbrannt sind, die Nebenklage vertreten. Von daher habe ich eine Ahnung davon, was Sie durchgemacht haben und wahrscheinlich immer noch durchmachen. Deshalb fühle ich mich gerade Ihnen und allen, die sich gefährdet sehen, heute und in den letzten über anderthalb Jahren, seit die Mordserie des Nazitrios bekannt geworden ist, besonders verpflichtet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Seinerzeit wurden die Mordtaten relativ schnell aufgeklärt, vor Gericht verhandelt, und es kam vor dem Oberlandesgericht in Schleswig zu einer Verurteilung. In diesem Falle war die Situation völlig anders. Wir standen immer wieder vor einem Abgrund von Unfähigkeit, Inkompetenz, Konkurrenzdenken, bürokratischer Ignoranz, Uneinsichtigkeit, aber auch rassistischer Vorurteile, rassistischen Denkens.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen, das mich bis heute umtreibt: Im April 2006 gab es eine Analyse der Polizei in Bayern, in der zum ersten Mal wohlbegründet dargelegt wurde, dass es sich um Einzeltäter handeln müsse, und zwar aus der rechtsextremistischen Szene. Das gefiel vielen anderen Polizeien nicht. Hamburg hat sich dagegen gewehrt, das BKA wollte das nicht hören, aber auch Polizeien der anderen Länder – gerade auch der Länder, in denen Morde passiert waren – wollten das nicht hören. Deshalb wurde die Polizei in Baden-Württemberg beauftragt, eine zweite sogenannte OFA, also eine Operative Fallanalyse, zu erstellen. Diese lag dann im Januar 2007 vor.

**Hans-Christian Ströbele**

- (A) Jetzt komme ich auf diese Analyse zu sprechen. Die Theorie der bayerischen Kollegen, dass es sich um Einzeltäter aus der rechtsextremen Szene handele, wurde darin kategorisch abgelehnt. Es wurde eine „Gruppierung ... mit kriminellen Aktivitäten“ und einem „rigiden Ehrenkodex“ bzw. einem „rigiden inneren Gesetz“ erfunden, zu der alle neun Opfer Kontakt gehabt haben sollen. Diese Gruppierung habe wegen Verletzung eines Ehrenkodex jeweils Todesurteile verhängt und dann vollstreckt, so die Analyse.

Aber diese Gruppierung gab es überhaupt nicht. Der Ermittlungsstand damals war, dass es eben keine Gruppierung gab, zu der alle neun Kontakte gehabt haben.

Weiter heißt es in der Analyse – es wird noch schlimmer –:

Dabei

– bei dieser Gruppierung –

ging es vermutlich ... um die Sicherung ... einer in der Gruppe ideell verankerten Wirklichkeit, z. B. Status, Prestige, Ehre ... (irrationaler Aspekt).

Die Gemeinsamkeit, die Verbindung wurde in der türkischen Sprache gesehen. Dann heißt es abschließend:

Auch spricht der die Gruppe prägende rigide Ehrenkodex eher für eine Gruppierung im ost- bzw. süd-osteuropäischen Raum (nicht europäisch westlicher Hintergrund).

- (B) Ist das kein Rassismus?

Danach schließe ich mich der Forderung an, die heute, als wir uns vorhin getroffen haben, auch in Ihrem Kreise geäußert worden ist, und sage: Konsequenz muss nicht nur sein, die 47 Punkte umzusetzen, die der Untersuchungsausschuss beschlossen und in seinen Bericht aufgenommen hat und die ich mittrage, sondern Konsequenz muss auch sein – neben diesen vielen anderen Konsequenzen –, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die so versagt haben – beim Verfassungsschutz, bei den Polizeien –, ausgetauscht werden, damit sie nicht da weiterarbeiten können, wo sie dieses Versagen gezeigt haben. Es ist doch absurd, etwa den Kriminalhauptkommissar, der maßgeblich an dieser Analyse mitgewirkt hat, oder die Leute, die ihm geholfen haben, an derselben Stelle weiterzubeschäftigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es kann nicht sein, dass diese Versager einfach weitermachen. So können wir den Menschen in Deutschland, auch Ihnen, nicht mehr Sicherheit vor rechtsextremistischem Terror versprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

(C)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Patrick Kurth ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Angehörige der Opfer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses liegt vor. Ich schließe mich dem, was hier von allen Fraktionen gesagt worden ist, umfänglich an. Dieser Untersuchungsausschuss war ein besonderer. Alle Beweisanträge wurden einstimmig beschlossen. Wir haben 47 Beschlusspunkte vorgelegt. Es ging nicht um Wahlkampf, sondern um Aufklärung.

Ich möchte aber auf ein paar Punkte hinweisen, die nach dem 4. November 2011 bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses und in dessen Umfeld eine Rolle gespielt haben. Nach dem 4. November ging in ganz Deutschland zu Recht das Entsetzen um: Man war erschrocken, entsetzt, man empfand Scham, und zwar – das will ich hier deutlich sagen – auch in Mitteldeutschland, auch in Ostdeutschland. Wir hatten danach eine kurze Zeit, in der bezüglich einiger Regionen in Deutschland eine – vielleicht nachvollziehbare – Skepsis herrschte, die – vielleicht im Affekt – Forderungen bezüglich der Frage nach sich zog, wie man mit diesen Regionen umgehen sollte. Städte wie Jena, Chemnitz oder Zwickau haben aus eigener Kraft gezeigt: Sie sind nicht der Herd des Rechtsextremismus; Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem. Er ist in diesen Städten nicht besonders stark ausgeprägt; das will ich deutlich sagen. Nach der Brandrede des ehemaligen Oberbürgermeisters von Jena, unseres Kollegen Dr. Peter Röhliger, ist auch vielen hier im Saal deutlich geworden, vor welcher Herausforderung diese Länder, diese Regionen stehen. Ich bedanke mich auch dafür, dass die entsprechenden Vorurteile hier im Haus sehr schnell wieder abgebaut worden sind.

(D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte mich sehr herzlich auch beim Innenministerium des Landes Thüringen bedanken. Sie erinnern sich an diese Posse: Wie geht man damit um, dass Akten aus Thüringen nach Berlin geliefert werden sollen? Das ging so weit, dass man sich *Tatort*-Szenen ausgemalt hat: Diese Fahrzeuge könnten auf der Autobahn angehalten werden, weil es um nationale Sicherheitsinteressen gehe. – Also herzlichen Dank nach Thüringen.

Aber natürlich bleibt weiterhin die Frage bestehen: Warum wurden die Akten, die hierher transportiert worden sind, eigentlich neu sortiert? Wer hat denn veranlasst, dass diese Akten neu sortiert worden sind, sodass wir im Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht über die gleiche Sortierung der Aktenlage verfügten wie

**Patrick Kurth (Kyffhäuser)**

- (A) beispielsweise unsere Kollegen in Thüringen? Ich bleibe dabei: Diese Neusortierung war nicht gerechtfertigt. Sie hat Arbeit gemacht und Zeit gekostet. Wir konnten nicht genau wissen, ob wir die gleichen Akten wie unsere Thüringer Kollegen in den Händen hielten.

Stichpunkt: Zeugeneinvernahmen. Ich fand es hervorragend, dass der Ausschuss auch bereit war, manche Hinhaltenaktik einfach nicht hinzunehmen. Die Vernehmungen waren professionell; sie waren angemessen. Wir bleiben auch hier bei unserer Kritik an einem Lavieren mancher Geheimdienste. Das ging bis zum Gedächtnisschwund, was manchmal schon sehr eindrucksvoll war, sodass man sich bei manchen Verfassungsschützern oder auch Geheimdienstlern fragte, ob denn überhaupt die Dienstfähigkeit gegeben ist. Das unterschied sich – das möchte ich deutlich sagen – von manchen Kriminalisten, die plötzlich im Ausschuss darüber redeten, was sehr erfolgreich war. Diese Zeugen aus dem Kriminalbereich machten Aussagen, die aus unserer Sicht sehr weitgehend waren.

Am Ende möchte ich sagen: Es gibt viele übrig gebliebene Themen. Es gibt viele offene Probleme. Der 4. November wurde im Ausschuss gar nicht behandelt. Der Weg der Waffe wurde nur unzureichend behandelt. Die V-Mann-Problematik in Oberfranken ist gar nicht behandelt worden. Wir stehen dafür ein, dass wir in der nächsten Legislaturperiode an der Stelle weitermachen, an der wir jetzt aufgehört haben. Es ist ein umfangreiches Kompendium – darauf kann dieses Haus stolz sein –, das wir mit dem Abschlussbericht vorgelegt haben. Wir sagen aber, es kann ein Zwischenbericht sein. Der Abschlussbericht folgt dann, wenn die Fragen geklärt sind, die jetzt noch offen sind. Davon gibt es einige.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Sönke Rix ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD)

**Sönke Rix (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe – diese Namen kannten wir erst, als das NSU-Trio aufgefliegen und als Mordbande enttarnt worden ist. Aber es gab natürlich auch eine Zeit davor, also bevor sie in den Untergrund gingen. Auch da waren sie schon als Nazis aktiv. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, es lohnt sich, noch einmal genauer hinzugucken, wie es bei ihnen angefangen hat.

Erstens. Sie waren als Nazis aktiv. Schon zu der Zeit, als sie mit Sprengstoff gehandelt haben oder mit Sprengstoff umgegangen sind, sind die Behörden auf sie aufmerksam geworden und waren hinter ihnen her. Was haben die Behörden getan? Sie haben sie leichtfertig als „Jenaer Bombenbastler“ bezeichnet. Aber der Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass sie Nazis mit einer

menschenverachtenden Ideologie waren, und ihren Plänen, mit dem Sprengstoff nicht irgendwo im Wald irgendwelche Bäume hochzujagen, sondern wahrscheinlich menschenverachtende Taten zu begehen, ist damals von den Sicherheitsbehörden leider nicht gesehen worden. Deshalb ist es richtig, wenn wir erkennen, dass es bei den Sicherheitsbehörden wahrscheinlich eine Unterschätzung des Rassismusproblems in unserer Gesellschaft gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweitens. Sie waren Besucher von Jugendclubs; sie waren als Jugendliche auf der Straße unterwegs. Wenn sie gerade nicht bei einer Nazidemo auf der Straße standen, vielleicht das Hakenkreuz an ihrem Revers trugen oder die Naziflagge hochgehalten haben, dann waren sie in Jugendclubs und sind dort auf sogenannte anerkennende oder akzeptierende Jugendarbeit gestoßen. Ich glaube, auch da lohnt es sich, genauer hinzugucken. Denn was ist dort passiert? Man hat sie gewähren lassen. Man hat sie nicht abgeholt. Man hat sie nicht angenommen. Man ist nicht mit ihnen umgegangen, weil man sie nicht verschrecken wollte.

Wären sie vorher auf demokratische Initiativen gestoßen, die sich für eine Stärkung von Toleranz und Demokratie einsetzen, wären sie vielleicht von ihrem Weg abgekommen. Vielleicht hätte man sie auffangen können. Was bedeutet das aber für die Zukunft? Das bedeutet, dass genau diese Initiativen zur Stärkung von Zivilgesellschaft, zur Stärkung von Demokratie und Toleranz von uns unterstützt werden müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung, und das dauerhaft.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Clemens Binninger [CDU/CSU])

Deshalb freue ich mich sehr, dass alle Fraktionen im Untersuchungsausschuss gemeinsam beschlossen haben, dem Parlament zu empfehlen, die Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für eine Stärkung von Demokratie und Toleranz einsetzen, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und wegzukommen von Modellförderung und Projektförderung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Da dürfen Sie ruhig mitklatschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU und von der FDP; denn das haben Sie mitbeschlossen.

Das haben wir übrigens schon einmal beschlossen, als wir über das Thema Antisemitismus beraten haben.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Auch für diesen Bereich haben wir beschlossen, eine dauerhafte Finanzierung der Initiativen vorzunehmen. Leider haben wir uns bis heute damit Zeit gelassen. Ich hoffe, wir lassen uns beim jetzt vorliegenden Beschluss

**Sönke Rix**

- (A) nicht so viel Zeit wie beim Beschluss zur Bekämpfung des Antisemitismus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Abschließend will ich noch auf die Debatte über Rassismus eingehen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir über Rassismus sprechen; denn Rassismus findet tatsächlich nicht nur am rechten Rand unserer Gesellschaft statt. Rassismus ist nicht ein Problem, dass es irgendwo in irgendwelchen Ecken gibt, sondern Rassismus gibt es in der Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb bedarf es sehr dringend einer Debatte über Rassismus und einer Auseinandersetzung mit rassistischen Vorurteilen. Wir können die Sicherheitsbehörden und auch die Justiz nicht davon ausnehmen; denn auch dort gibt es rassistisches Gedankengut und entsprechende Strukturen. Deshalb rufe ich die Sicherheitsbehörden auf, sich mit diesem Problem intensiv auseinanderzusetzen. Es bedarf dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Jimmy Schulz [FDP])

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir haben gemeinsam viele Punkte beschlossen, und es ist in einer Demokratie gut, dass es Unterschiede bei der Frage gibt, wie unser gemeinsames Ziel, nämlich Demokratie und Toleranz zu stärken, erreicht werden kann. Gerade auf diesem Feld darf man über die richtigen Wege streiten.

- (B) Wir haben gemeinsam 47 Punkte beschlossen. Es darf nicht länger als ein Jahr dauern, bis wir diese angehen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass wir diese Debatte am Ende der nächsten Wahlperiode erneut führen. Deshalb rufe ich uns alle auf, diesen Auftrag wirklich ernst zu nehmen und dieses Thema gleich in der nächsten Wahlperiode ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Tankred Schipanski.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der am 26. Januar 2012 eingesetzte Untersuchungsausschuss zeichnet sich dadurch aus, dass wir bis zur heutigen Debatte gemeinsam, ohne Blick auf Parteizugehörigkeit oder landsmannschaftliche Verbundenheit, aufgeklärt und nun sogar konsensual Schlussempfehlungen erarbeitet haben.

Lassen Sie mich auf Grundlage des vorliegenden Berichtes Folgendes ausdrücklich festhalten: Der Bericht führt uns vor Augen, dass es verheerende Defizite bei

den Ermittlungen gab. Der Bericht stellt aber auch klar, dass es nicht den einen großen Fehler bei den Ermittlungen gab, sondern sich verschiedene Fehler summiert haben. Der Bericht stellt fest, dass es nicht den einen Verantwortlichen, den einen Schuldigen gab, sondern dass viele Verantwortungsträger ihrer Verantwortung nicht gerecht wurden.

Der Bericht zeigt nicht mit dem Finger auf ein Bundesland oder eine Behörde, er nimmt vielmehr drei Sicherheitsbehörden, nämlich den Verfassungsschutz, die Polizei und die Justiz, genau unter die Lupe. Es sind alle Bundesländer, mit deren Arbeit wir uns kritisch auseinandergesetzt haben, wenn auch einige von ihnen in einem besonderen Fokus standen.

Bevor wir in die Beweisaufnahme eingetreten sind, haben wir eine Sachverständigenanhörung durchgeführt, die ganz klar eines belegt hat: Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen, sondern ein in ganz Deutschland bestehendes Problem. Aber speziell mit Blick auf die neuen Länder, insbesondere Thüringen, haben wir sehr deutlich herausgearbeitet – ich darf aus unserem Bericht zitieren –:

... dass schleppend verlaufende polizeiliche Ermittlungen gegen Neonaziaktivisten mit darauffolgenden Verfahrenseinstellungen durch Staatsanwaltschaften oder Gerichte in den 1990er-Jahren in Thüringen zum Alltag gehörten. Damit vermittelten sowohl Polizei als auch Staatsanwaltschaft und Gerichte den Eindruck, dass rechtsextrem motivierte Straftaten nur halbherzig verfolgt würden und die Täter letztendlich kaum mit schwerwiegenden Konsequenzen zu rechnen hätten.

Genau das hat zur Radikalisierung dieses Trios beigetragen.

Wir haben festgestellt, dass den Ermittlungsbehörden eine bewusste Unterstützung der Terrorgruppe oder Untätigkeit nicht vorzuwerfen ist, aber wir haben von ihnen mehr Einsatz in der Sache, mehr Engagement, ein stärkeres vernetztes Handeln und ein gemeinsames Miteinander erwartet. Insbesondere gelten diese Worte für die Institution des GBA, also des Generalbundesanwalts. Der Bericht setzt sich notwendigerweise im Besonderen mit der Rolle des GBA auseinander. Wir empfehlen, Qualitätsstandards für die Prüfungsvorgänge seiner Zuständigkeit in Staatsschutzsachen einzuführen.

In Übereinstimmung mit den verschiedenen Aufklärungsgremien der Exekutive stellen wir in unserem Bericht des Weiteren fest, dass es sowohl personenbezogene Mängel wie auch organisatorische Mängel in den Sicherheitsbehörden gab. Wir mussten erkennen, dass die Informationskultur oder -unkultur von einem Risiko-, Geheimnis- und Abschottungsdenken der Sicherheitsbehörden untereinander geprägt war, und wir mussten erkennen, dass unser Sicherheitsföderalismus zu Mehrfachzuständigkeiten sowie zu einer zunehmenden Aufgaben- und Befugnisüberschneidung zwischen verschiedenen Behörden führt.

Des Weiteren haben wir in der Ausschussarbeit erlebt, dass die Zusammenarbeit und die Informationspolitik

**Tankred Schipanski**

- (A) der Bundesländer sehr unterschiedlich ausgeprägt waren. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Thüringen für seine weitreichende Transparenz, welche die Arbeit des Ausschusses beförderte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben aber auch erleben müssen, dass die Fähigkeit, einen Fehler einzugestehen und Konsequenzen daraus zu ziehen, leider nicht bei jedem vorhanden ist. Ein trauriges Beispiel dafür war der ehemalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen, Roewer. Ein trauriges Beispiel war aber auch – Clemens Binninger hat vorhin darauf hingewiesen – der Einsatz des V-Mannes „Piato“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz in Brandenburg. Ein wegen versuchten Mordes Inhaftierter wurde dort als V-Mann auserkoren. Es ist erschreckend und beschämend, dass das Landesamt den Einsatz eines solchen V-Mannes bis heute rechtfertigt.

Der Bericht gibt nicht auf jede Frage eine Antwort. Deswegen muss man aber nicht erneut einen Untersuchungsausschuss einberufen. Der Bericht geht auch nicht jeder Verschwörungstheorie nach. Antworten erwarten wir aber insbesondere mit Blick auf den 4. November 2011, also auf die Ereignisse in Eisenach. Das ist eine Aufgabe, der sich jetzt der Untersuchungsausschuss in Thüringen annimmt. Auch nicht beantworten konnten wir die Frage, ob es sich bei der Polizistin Michèle Kiewewetter – der Mord in Heilbronn – um ein Zufallsoffer handelte. Hier ermittelt eine Arbeitsgruppe des Landes Baden-Württemberg.

- (B) Meine Damen und Herren, verstehen Sie unseren Bericht nicht nur als Kritik. Sehen Sie diesen Bericht auch als Ermutigung. Gerade durch unsere Schlussfolgerungen wollen wir die Leistungen der deutschen Sicherheitsbehörden verbessern. Die gemeinsam, fraktionsübergreifend formulierten Schlussfolgerungen sind Ratschläge, nicht nur an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, sondern insbesondere auch an die Innen- und Justizministerkonferenz. Leider wissen wir, dass die föderalen Gremien die Ratschläge dieses Hohen Hauses ungern beachten, auch wenn sie sehr gut passen. In diesem Sinne soll uns dieser Abschlussbericht nicht nur beschweren, sondern uns vor allen Dingen auch Impulse geben. Aus dem Erlebten wollen wir letztlich Lehren für die Zukunft ziehen.

Das vertrauliche Gespräch, das wir vor dieser Debatte mit den Angehörigen der Opfer geführt haben, hat uns nochmals die Notwendigkeit vor Augen geführt, das verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wiederherzustellen. Stephan Stracke hat auf verschiedene Maßnahmen, die die Bundesregierung bereits ergriffen hat, hingewiesen. Ich darf an die Stärkung der gesellschaftlichen Prävention erinnern. Wir haben die Mittel für die politische Bildung aufgestockt, das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ausgeweitet und das Aussteigerprogramm „Exit“ fortgesetzt.

Aber nicht nur die Bundesregierung und der Bundestag haben gehandelt. Auch die Bundesländer unternehmen erste Schritte. In Thüringen wurde im Jahr 2012 das

- Landesverfassungsschutzgesetz geändert, um den Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz zu verbessern und die parlamentarische Kontrolle zu stärken. Das sind erste richtige Schritte. Sie waren wichtig. Weitere Arbeit muss aber folgen, um Vertrauen zurückzugewinnen. (C)

Obwohl die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit dem heutigen Tag beendet ist, beginnt die eigentliche Arbeit erst jetzt. Parlamente und Regierungen werden ihre Arbeit mit Blick auf unsere Schlussfolgerungen fortsetzen müssen. Das zeigt die heutige Debatte sehr ausdrücklich. Darüber werden wir gemeinsam in diesem Hohen Hause aufmerksam wachen. Ich denke, das sind wir den Opfern und den Angehörigen in höchstem Maße schuldig; denn nur so kann neues Vertrauen entstehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schipanski. – Nächster Redner für die Fraktion der FDP ist unser Kollege Serkan Tören. Bitte schön, Kollege Serkan Tören.

(Beifall bei der FDP)

**Serkan Tören (FDP):**

Herr Präsident! Herr Bundespräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab zwei kurze Bemerkungen: (D)

Erstens. Ich bin zwar erst seit vier Jahren Mitglied dieses Hauses. Aber das, was ich heute bei dieser Debatte über dieses wichtige Thema erleben durfte, würde ich – vielleicht greife ich damit zu hoch – als eine Sternstunde des Parlaments bezeichnen. Ich möchte mich dafür bei allen Fraktionen bedanken. Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Heute sind Angehörige der Opfer anwesend; sie verfolgen diese Debatte. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Angehörigen unsere Einladung angenommen haben. Sie sind seinerzeit bei den Ermittlungen von Opfern zu Tätern gemacht worden. Dass sie hierherkommen, zeigt: Das Vertrauen mag erschüttert sein, aber es ist noch vorhanden. Unsere Aufgabe besteht nun darin, das Vertrauen vollständig wiederherzustellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Worte, die Sie, Frau Bundeskanzlerin, in der Gedenkstunde gefunden haben, waren sehr hilfreich. Sie waren ein Signal, ein Zeichen, dass die Angehörigen nicht alleine dastehen und wir alles Mögliche tun werden, um den Sachverhalt aufzuklären. So verstehe ich auch die Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses und dieses Berichts.

**Serkan Tören**

- (A) Vieles haben wir, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, in den vergangenen 16 Monaten zutage gefördert. Da war zunächst einmal die katastrophale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der gesamten Bundesrepublik, die mehr von Egoismus und persönlichen Eitelkeiten der handelnden Personen geprägt war als von guter und zielgerichteter Zusammenarbeit.

Neben diesem behördeninternen Desaster muss aber auch der Umgang mit den Opferfamilien angesprochen werden. Die Ermittlungsarbeit im Zusammenhang mit den Morden im gesamten Bundesgebiet und den zwei Anschlägen in Köln war in weiten Teilen von erschreckender Einseitigkeit geprägt. Sicherlich: Statistisch gesehen gibt es bei den meisten Kapitalverbrechen in der Bundesrepublik einen Bezug zum privaten Umfeld. Dies kann und darf aber nicht dazu führen, dass andere Motive bei den Ermittlungsarbeiten völlig vernachlässigt werden.

Die einseitige Ermittlungsarbeit ist vor allem bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Anschlag in der Kölner Keupstraße zutage getreten. So gab es Videos von den vermeintlichen Tätern, die eindeutig zeigten, dass die Täter keinen Migrationshintergrund hatten. Aber diese Erkenntnis hatte für die Ermittlungsarbeit keinerlei Konsequenzen. Es wurde weiter im Bereich der Migranten ermittelt. Man konnte fast den Eindruck gewinnen, dass für die Behörden alles schön einfach zusammenpasste. Türsteherszene, Mafia, Ausländerkriminalität – das passte zusammen. Das waren die Stereotype, die es in den Behörden gab.

- (B) Drei Handlungsempfehlungen, die ich für besonders wichtig halte, möchte ich hervorheben. Was gilt es nun zu tun? Deutschland ist ein Einwanderungsland; das dürfte mittlerweile jeder akzeptiert haben. Dies muss aber auch Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden haben. Wir brauchen also erstens mehr Migranten in den Sicherheitsbehörden. Das gilt nicht nur für die untere Ebene, sondern auch für die Entscheidungsebene. Daran mangelt es sehr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens – das ist schon genannt worden – soll in Zukunft in jedem Fall von Gewaltkriminalität gegenüber Migranten verpflichtend überprüft werden, ob es einen extremistischen bzw. rechtsextremistischen Hintergrund gibt. Auch das ist richtig. Drittens müssen wir die interkulturelle Kompetenz stärken, auch im Rahmen der Ausbildung bei der Polizei.

Noch eine kurze Bemerkung zum institutionellen Rassismus – dieses Thema ist hier oft angesprochen worden –: Institutionellen Rassismus haben wir – das ist auch unserem Bericht zu entnehmen – wirklich nicht feststellen können. Wer behauptet, dass es ihn gibt, der sorgt für Verunsicherung, auch bei den Opferfamilien. Ich denke, damit tut man der Sache keinen guten Dienst.

(Beifall des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

- Wer so etwas behauptet, muss seine Behauptung auch ein bisschen konkretisieren. Denjenigen, die so etwas behaupten, gelingt das aber nicht. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Abschließend noch zwei kurze Sätze – sie sind mir wichtig, auch angesichts der Tatsache, dass Angehörige der Opfer hier sind –: Değerli mağdurları aileleri ve vatandaşlar, siz bu toplumun bir parçasınız. Bizim için önemlisiniz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Serkan Tören. – Nächster und letzter Redner in unserer Aussprache ist unser Kollege Armin Schuster für die Fraktion von CDU und CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):**

- Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bei den Opfern des NSU-Trios und ihren Angehörigen einiges gutzumachen. Wie sehr uns das am Herzen liegt, haben, glaube ich, die letzten 90 Minuten eindrucksvoll gezeigt. Lassen Sie mich zusammenfassend ein Schlaglicht auf diese Debatte werfen. (D)

Der NSU-Untersuchungsausschuss wurde medial – Herr Bundestagspräsident, vielleicht bis auf heute – in den letzten 18 Monaten sehr gut begleitet. Die Öffentlichkeit hat großen Anteil daran genommen. Und doch habe ich ein wenig die Sorge, dass unsere Ergebnisse zu sehr nur auf die Sicherheitsbehörden projiziert werden. „Desaströses, historisches Versagen der Sicherheitsbehörden“, das waren die Überschriften der vergangenen zwei Wochen. Die Bürger verstehen darunter logischerweise vorwiegend Polizei und Verfassungsschutz. Das ist natürlich nicht falsch; aber die Schuld so eng zu begrenzen oder zu verorten, das wäre mir politisch zu kurz gesprungen. Es entspricht nicht den Erkenntnissen des Ausschusses, und es würde den berechtigten Erwartungen der Familien der Opfer auch nur eingeschränkt Rechnung tragen.

Sie werden jetzt sagen: Klar, da redet ein Polizist. – Weit gefehlt, meine Damen und Herren, ich will das Bild der Polizei oder des Verfassungsschutzes nicht weichzeichnen. Angesichts der Fehler waren die letzten 16 Monate gerade für mich als ehemaligen Polizeibeamten schmerzvoll; das gebe ich gerne zu. Aber die Sicherheitsbehörden sind in Deutschland nicht frei schwebend, sondern Bestandteil des demokratischen Systems – zusammen in einem Netzwerk mit Staatsanwaltschaften, Gerichten, Regierungen, Parlamenten, den Medien und der Gesellschaft.

Armin Schuster (Weil am Rhein)

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel: Wir bezeichnen die Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei als sogenannte Herrin des Ermittlungsverfahrens. Bis 2004 hießen die Polizeibeamten Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft; heute heißen sie Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft. Bei allen gravierenden Fehlern der Polizei muss ich sagen: Von dieser sachleitenden Funktion der Staatsanwaltschaften habe ich wenig bis gar nichts erlebt. Dass in diesen Jahren die deutschen Gerichte die bemerkenswerte Praxis gepflegt haben, in nennenswertem Umfang Verfahren wegen rechtsgerichteter Straftaten einzustellen, kommt noch dazu.

Das Versagen, von dem wir sprechen, bezieht sich also mindestens auf die in einem Verbund arbeitenden Verfassungsschutz- und Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Nur, meine Damen und Herren, dann müssen wir von einem gravierenden Systemausfall sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Eva Högl [SPD]: Genau so ist es!)

Wenn es um einen Systemausfall geht, muss man auch betrachten, was Regierungen, Regierungsbehörden und Parlamente in dieser Zeit gemacht haben.

- (B) Vor dem 4. November 2011 wurde der Fall – außer vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Beckstein – nie zur Chefsache gemacht. Er erreichte nie die Innenministerkonferenz; aber genau das wäre nötig gewesen. Wir waren durch die Art, wie diese Tateserie begangen wurde, im Grenzbereich dessen, was unsere föderale Sicherheitsstruktur leisten kann, und dafür ist die IMK zuständig.

Was der Bundesinnenminister nach dem 4. November umgesetzt hat, war sehr gutes und schnelles Krisenmanagement. Das Gemeinsame Abwehrzentrum zum Beispiel ist ein folgerichtiger erster Schritt. In Zukunft wird aber mehr notwendig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich hoffe sehr – ich versuche es einmal vorsichtig auszudrücken, sozusagen parteiübergreifend –, dass die sperrige Haltung einiger Länder sich im Lichte unseres Abschlussberichts noch ändern wird. Das Führungsdilemma in der BAO „Bosporus“ ist Grund genug, die Leistungsfähigkeit unserer föderalen Sicherheitsarchitektur nicht nur in der Praxis, sondern regelmäßig auch in Laborsituationen zu testen. Deshalb fand ich die Idee, eine Kommission zur deutschen Sicherheitsarchitektur einzurichten, schon immer gut. Eine solche Kommission gab es in dieser Periode schon einmal, und ich würde mich sehr freuen, wenn sie wiederkäme. Vielleicht verlocken uns ja die Erkenntnisse unseres Berichts, erneut eine solche Kommission einzusetzen.

(C) Meine Damen und Herren, auch wir und die anderen Parlamente dieses Landes müssen uns durchaus fragen lassen, ob diese Gewaltserie angemessen Eingang in die parlamentarischen Beratungen gefunden hat. Kein Verfassungsschützer wurde jemals von der BAO „Bosporus“ zurate gezogen. Die berühmte E-Mail an das BfV – die meisten wissen, wovon ich spreche – ist vielleicht nur die Spitze des Eisbergs bezogen auf die Frage, wie scharf deutsche Sicherheitsbehörden das Trennungsgesetz in der Praxis auslegen. Legen sie es zu scharf aus? Das zu evaluieren, zu beurteilen und ernsthaft zu diskutieren, wäre Aufgabe unserer Parlamente, also auch des Deutschen Bundestages. Haben wir das getan?

Wir brauchen auch eine intensivere Sicherheits- und Polizeiforschung. Ich stimme Bernd Wagner von der Organisation „EXIT-Deutschland“ zu, der in einer Sitzung für eine stärkere Verzahnung der Analytik der Sicherheitsbehörden, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft plädierte. Die notwendigen wissenschaftlichen Analysefähigkeiten unserer Dienste sind nicht nur beim Thema Rechtsextremismus zu gering. Das sind Schwachstellen, die das Amt aber nicht alleine beseitigen kann. Dafür ist auch das Parlament gefordert. Hier geht es um Personal und Ressourcen.

(D) Und die Medien und die Gesellschaft? Seien wir ehrlich: Über die unglückseligen Begriffe „Döner-Morde“ und „BAO Bosporus“ echauffieren wir uns erst seit dem 4. November 2011. Ich habe im Ausschuss oft tief durchgeatmet; denn wegen meines Berufsweges war ich erleichtert, dass sich die deutschen Sicherheitsbehörden eben nicht als auf dem rechten Auge blind erwiesen haben. Betriebsblind, Herr Wieland, waren sie, ja. Wären sie aber blind gewesen, dann wäre das eine Katastrophe. Hier darf man froh sein, dass es so weit nicht gekommen ist. Wir fühlten uns anscheinend zu sicher, die Gefahr vom rechten Rand im Griff zu haben. Wir haben die Lage unterschätzt und sind sehr nachlässig geworden – vielleicht auch in unserer Sprache. Das ist ein Hinweis an die Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, die Arbeit in diesem Ausschuss ging unter die Haut – jedenfalls mir. Unter diesem Eindruck haben wir unsere 47 Empfehlungen gemeinsam formuliert.

Wenn wir in den Sicherheitsbehörden und der Justiz von Bund und Ländern eine ebenso nachhaltige Wirkung erzielen wollen, dann können wir das dadurch erreichen, dass wir die Führungskräfte dieser Behörden verpflichten, den NSU-Fall in einem intensiven Planspiel zu analysieren, zu beurteilen und nachzuempfinden. Ich bin ein Polizeibeamter der Generation „Bad Kleinen“ und darf einmal persönlich werden: Diesen Fall habe ich in vier Tagen real nachgespielt; das ist 20 Jahre her. Ich könnte jetzt spontan noch einen Vortrag darüber halten. So stark beschäftigt mich das noch.

Genau das erwarte ich auch hier. Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte in diesem Land müssen das Gleiche mit dem NSU-Fall tun. Es hätte juristisch, technisch und einsatztaktisch eine kolossale Wirkung. Ich würde mich freuen, wenn das zum Thema würde.

**Armin Schuster (Weil am Rhein)**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(C)

In diesem Sinne brauchen wir einen gestärkten, weil lernenden Verfassungsschutz und einen wesentlich effektiveren V-Leute-Einsatz. Diesen abzuschaffen, würde bedeuten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wir brauchen eine entkrampftere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Diensten und zeitgerechte Formen überregionaler polizeilicher Einsatzführung in Deutschland.

Die Bundesregierung hat mit den notwendigen Reformen längst begonnen. Der Deutsche Bundestag sendet heute mit diesem Bericht und seinem Zustandekommen ein sehr starkes Signal aus. Den Parlamenten kommt jetzt die Aufgabe zu, die notwendigen Systemveränderungen bei den Sicherheitsbehörden, der Justiz und den Regierungen im Bund und in den Ländern kritisch zu begleiten und keine notwendige Reform auszulassen. Das Versprechen gilt!

Zehn Menschen haben auf tragische Weise ihr Leben verloren. Die Erinnerung daran muss bei uns allen so lange wie möglich wachgehalten werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

- (B) Kollege Armin Schuster, Ihnen und allen Rednerinnen und Rednern des heutigen Nachmittags ein herzliches Dankeschön. Unseren Gästen mit dem Herrn Bundespräsidenten an der Spitze danke ich für das Beiwohnen dieser Debatte.

(D)

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des 2. Untersuchungsausschusses auf Drucksache 17/14600. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind alle Fraktionen dieses Hauses. Vorsichtshalber mache ich die Gegenprobe. – Niemand. Enthaltungen? – Niemand. Die Beschlussempfehlung ist vom Plenum des Deutschen Bundestages einstimmig angenommen worden.

(Beifall im ganzen Hause)